

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. Landesausgabe. 1947-1948 1948

59 (30.7.1948)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Ercheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbeitrag: Mh 1.00 einschl. Trägerlohn, durch die Post für 1.24 / Anzeigen nach Tarif gegen Kassenzahlung / Anzeigen und Redaktionsbeleg Mittwoch und Samstag 14 Uhr

LANDESAUSGABE

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 256 / Postfachkonto: Freiburg i. Br. 4000 Bankkonto: Oberhein. Bank, Zweigst. Lehr / Keine Ersatzanpr. bei Störung durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingewandte Manuskripte keine Gewähr

NR. 59 / 2. JAHRG.

FREITAG, DEN 30. JULI 1948

PREIS 20 PFENNIG

Fühlungnahme südwestdeutscher Länder

Am Montag Zusammenkunft auf dem Hohenneuffen — Parlamentarischer Rat bis 1. September

Stuttgart. Die erste Fühlungnahme der württemberg-badischen Regierung mit den Kabinettsmitgliedern und den Landtagspräsidenten von Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden hinsichtlich einer eventuellen Vereinigung der drei Länder erfolgt am kommenden Montag auf dem Hohenneuffen, teilte ein Sprecher des württemberg-badischen Staatsministeriums mit. Zu der Tagung werden auch die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Parteien eingeladen werden.

Der Württemberg-Badische Landtag hatte am Mittwoch in namentlicher Abstimmung mit 79 Stimmen bei 9 Enthaltungen einen gemeinsamen Antrag der DVP-, der CDU- und der SPD-Fraktion angenommen, worin die Staatsregierung zur Verhandlungsaufnahme mit den Regierungen der Länder Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden über ihre baldige Vereinigung mit Württemberg-Baden aufgefordert wird. Innenminister Fritz Ulrich gab vor der Abstimmung bekannt, daß die Volksabstimmung über eine Vereinigung der Landesteile voraussichtlich im Oktober stattfinden wird.

Das Ergebnis von Frankfurt

Frankfurt. Im Anschluß an die Besprechung zwischen den Ministerpräsidenten und den Militärgouverneuren wurde folgendes Kommuniqué bekanntgegeben:

„Als Ergebnis der letzten Beratung zwischen den Militärgouverneuren und den Ministerpräsidenten der drei westlichen Zonen, die unter dem Vorsitz von General Koenig stattfand, wurde ein Uebereinkommen erreicht, demzufolge die Organisation der drei Zonen auf der Basis der Londoner Uebereinkommen sofort beginnen wird. Die Landtage der elf Länder werden nunmehr sofort mit den nötigen Vorbereitungen zur Auswahl der Vertreter zu der parlamentarischen Versammlung beginnen, die die vorläufige Konstitution ausarbeiten wird. Es ist in Aussicht genommen, daß der parlamentarische Rat nicht später als zum 1. September zusammentreten wird.“

Gewisse Bemerkungen der Ministerpräsidenten werden den Regierungen zwecks Information und Berücksichtigung übergeben. Das endgültig erzielte Uebereinkommen über dieses wichtige Problem hat die größte Genugtuung bei den Ministerpräsidenten und Militärgouverneuren ausgelöst.“

Gesetzentwurf über den parlamentarischen Rat ausgearbeitet

Wiesbaden. Der trizonale Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Wahlmodus für den parlamentarischen Rat beendete seine Arbeit mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Gesetz über den parlamentarischen Rat. Es ist nicht zonen einheitlich festgelegt, sondern soll als Modellgesetz dienen, an das sich die einzelnen Landesparlamente bei der Abfassung der einzelnen Gesetze über den parlamentarischen Rat halten können. Insbesondere läßt der Entwurf die in den einzelnen Ländern verschiedenen Bestimmungen über die Immunität der Volksvertreter und ihre Besoldung offen.

Wie Staatssekretär Dr. Hermann Brill von der hessischen Staatskanzlei mitteilte, sieht das „Modellgesetz“ vor, daß die Regierungsbefugnisse der einzelnen Länder am 25. August parlamentarischen Rat zum 1. September nach einem noch zu vereinbarenden Ort überufen. Wie Dema erfährt, bewerben sich zur Zeit die Städte Karlsruhe und Koblenz darum, zum Sitzungsort ausgewählt zu werden. Aufgabe des parlamentarischen Rates wird es sein, ein für das Gebiet der drei Westzonen zu schaffendes Grundgesetz auszuarbeiten und den Ministerpräsidenten vorzulegen. Die Ministerpräsidenten werden das Grundgesetz den drei Militärgouverneuren zur Ratifizierung vorlegen.

In dem Modellgesetz ist ferner vorgesehen,

daß sich die Mitglieder des parlamentarischen Rates während der Arbeitsperiode des Rates nicht vertreten lassen dürfen. Brill äußerte dazu, nach seiner Ansicht müsse der Rat in der Lage sein, das Grundgesetz innerhalb von vier bis sechs Wochen fertigzustellen.

Als Vertreter der Länder soll auf je 750 000 Einwohner ein Abgeordneter in den parlamentarischen Rat entsandt werden, jedoch soll mindestens ein Vertreter je Land im Rat vertreten sein (Diese Regelung betrifft insbesondere das Land Bremen). Für je 200 000 darüber hinausgehende Einwohner soll ebenfalls ein Abgeordneter benannt werden. Schließlich ist vorgesehen, daß sich die Landesregierungen offiziell beim parlamentarischen Rat vertreten lassen können. Ihre Beobachter sollen jedoch nur mit beratender Funktion an den Sitzungen des Rates teilnehmen. Brill äußerte, die Länderparlamente sollten die Wahl der Mitglieder für den parlamentarischen Rat zweckmäßigerweise bis zum 15. August durchführen.

Ländergrenzen-Ausschuß konstituiert

Frankfurt. Der von der Ministerpräsidenten-Konferenz eingesetzte Ausschuß zur Überprüfung der Ländergrenzen der Westzonen hat sich unter Vorsitz von Ministerpräsident Lüdemann konstituiert. In dem Ausschuß sind alle Länder der drei Westzonen vertreten. Um bei aller gebotenen Beschleunigung eine umfassende Bearbeitung der Probleme zu erreichen, wurden drei Arbeitsgruppen vorgesehen. Eine Gruppe soll die offenkundigen Mißstände, die sich aus willkürlichen Grenzziehungen ergeben haben,

studieren, sowie Anregungen und Beschwerden prüfen. Die zweite Gruppe soll die grundlegenden Entscheidungen planen, durch die ein gebietliches Fundament für einen echten föderativen Staat geschaffen werden soll. Die dritte Gruppe hat die Aufgabe, Material für eine Länderreform unter staatsrechtlichen und historischen Gesichtspunkten zu sammeln. Sachverständige können hinzugezogen werden. Die Gefahr einer Zersplitterung der Arbeit will man dadurch beseitigen, daß Ministerpräsident Lüdemann auch diesen Gremien vorsteht und so die Gesamtleitung in seiner Hand behält.

Die erste Zusammenkunft des Ausschusses diente dazu, die Arbeitsweise und das Verfahren festzulegen. Dabei ging man von der Tatsache aus, daß die Ministerpräsidenten sich nicht nur hinter die Notwendigkeit einer Länderreform stellten, sondern sich verpflichteten, zu berücksichtigen, daß ihre Vorschläge in unlösbarem Zusammenhang mit dem staatlichen Aufbau Westdeutschlands stehen. Um die Bevölkerung rechtzeitig unterrichten zu können, sollen die Arbeiten des Ausschusses soweit wie irgend möglich beschleunigt werden.

Verfassungsausschuß Westdeutschlands tagt am 10. August

München. Ein Verfassungsausschuß, bestehend aus je zwei Vertretern aller westdeutschen Länder, wird am 10. August in Herrenchiemsee zusammentreten, um die Vorbereitungsarbeiten zu einem Rahmentwurf für die vorläufige Verfassung Westdeutschlands aufzunehmen, teilte die bayerische Staatskanzlei mit.

600 Tote in Ludwigshafen

Schweres Explosionsunglück in der Badischen Anilin- und Sodafabrik — Etwa 1400 Personen verletzt — Umfassende Hilfsmaßnahmen eingeleitet

Ludwigshafen. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am Mittwochmorgen gegen 3.35 Uhr in der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Ludwigshafener Krankenhäuser waren etwa eine halbe Stunde nach der Explosion bereits mit Verletzten überfüllt. Durch den Druck der Explosion sind in der näheren Umgebung sämtliche Fensterscheiben zerschlagen. Fensterrahmen herausgerissen und Dächer abgedeckt worden. In dem Mannheimer Geschäftsviertel, der sogenannten Breiten Straße, ist der größte Teil der Schaufenster zerstört. Die Stadt sieht aus wie nach einem schweren Luftangriff.

Die amerikanischen und französischen Besatzungsbehörden haben umfassende Hilfsmaßnahmen eingeleitet und Hilfskolonnen sowie Züge, Ärzte, Medikamente und Sanitätspersonal nach Ludwigshafen entsandt. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat

alle Ärzte des Landes über den Rundfunk aufgefordert, soweit irgend möglich, in Ludwigshafen zu helfen. Unter den Verletzten befinden sich zahlreiche französische Staatsangehörige. Über die Ursache der Katastrophe ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Etwa 600 Personen sind bei der Ludwigshafener Katastrophe ums Leben gekommen, teilte die Stadtverwaltung Ludwigshafen und das Polizeipräsidium Mannheim am Mittwochabend mit. Ungefähr 1200 bis 1400 Personen wurden verletzt.

Flugzeugabsturz bei Breisach

Baden-Baden. Aus einem Verband von 8 dänischen Flugzeugen stürzte laut Södena am Dienstagabend bei Breisach am Oberrhein eine Maschine ab. Die zwei Mann Besatzung kamen dabei ums Leben.

US-Sanktionen gegen Blockade Berlins

Eisenbahngüterverkehr gesperrt — Auch Suezkanal soll für Sowjets gesperrt werden

Washington. Der Beschluß der Westmächte, den Eisenbahngüterverkehr aus und nach der Sowjetunion durch ihre Zonen in Deutschland zu verbieten, wird in einem Kommuniqué des Chefs des außenpolitischen Dienstes des International News Service, John A. Reichmann, als eine erste Gegenmaßnahme gegen die Blockade Berlins bezeichnet.

Obwohl der sowjetischen Wirtschaft durch diese Maßnahme kein großer Schaden zugefügt und in erster Linie nur der Handel zwischen der Sowjetunion und der Schweiz betroffen werde, betrachten diplomatische Beobachter in Washington diesen Schritt als

Anzeichen für die Bereitschaft der Westmächte, zu wirtschaftlichen Sanktionen zu schreiten. Man nimmt an, daß andere Maßnahmen, die während des Washingtoner Besuchs von General Lucius D. Clay beschlossen wurden und über die strengstes Stillschweigen bewahrt wird, folgen werden und weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit einer Schließung des Suezkanals für sowjetische Schiffe sowie auf die eventuelle Weigerung, sowjetische Schiffe in alliierten Häfen mit Brennstoff zu versorgen hin.

Berlins Polizeipräsident suspendiert

SED-Spitzele Markgraf amtsentoben
Berlin. Auf Entscheidung des Magistrates ist der Berliner Polizeipräsident Markgraf mit sofortiger Wirkung seines Amtes entoben worden. Die Sowjetkommandantur erkennt die Suspendierung Markgrafs nicht an. Gut unterrichtete Kreise der Berliner Polizei erwarten eine Neuorganisation der Polizei der drei Westsektoren. Eine „Westpolizei“ würde unter der Leitung des vom Berliner Magistrat mit den Geschäften des suspendierten Polizeipräsidenten Markgraf betrauten Vizepräsidenten Dr. Johannes Stumm stehen.

Neue Westmächte-Noten an UdSSR

Parallele zur Note Vorsprache der Botschafter in Moskau

Paris. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich haben, wie ein Sprecher der französischen Regierung am Mittwoch bekanntgab, eine gemeinsame Note an die Sowjetunion vorbereitet, die der sowjetischen Regierung in Kürze übermittelt werden soll.

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sind weiter übereingekommen, bei der sowjetischen Regierung wegen

der Berliner Krise vorstellig zu werden. Unabhängig von der Note werden die Botschafter der drei Mächte in Moskau Außenminister Molotow einzeln die Ansichten ihrer Regierungen über die Angelegenheit vorbringen und mit ihm die gesamte deutsche Lage erörtern und damit die Möglichkeit für weitere Verhandlungen offen lassen. Diese Drei-Mächte-Demarche soll, so hofft man, das Terrain für Viermächteverhandlungen über die gesamtdeutsche Frage vorbereiten.

Soziale Auswirkungen

der Aufrechnung der Kopfbeträge bei der Währungsumstellung

Von P. Kaule, M. d. L.

In § 6 des 1. Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) ist bestimmt worden, daß jeder Einwohner des Währungsgebietes gegen Altgeldnoten desselben Nennbetrages ein Kopfgeld bis zu 90 DM erhalten kann. 40 DM wurden sofort ausbezahlt und die Auszahlung des Restes innerhalb von 2 Monaten in Aussicht gestellt. Weiter wurde für den Fall, daß den Berechtigten bei dem späteren Umtausch von Altgeld ein Anspruch auf Beträge in DM zusteht, die Anrechnung des Kopfbetrages hierauf vorbehalten.

In § 4 des 2. Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) wurde die Anrechnung der Kopfbeträge verfügt, der im Währungsgesetz enthaltene Vorbehalt verwirklicht und die Anrechnung der ausbezahlten Kopfbeträge mit weiteren 50 RM je Kopfbetrag an den zur Umwandlung angeforderten Altguthaben angeordnet. Praktisch wurde demnach für die erhaltenen Kopfbeträge der zehnfache Reichsmarkbetrag an den vorhandenen Reichsmarkmitteln ohne Rücksicht auf ihre Höhe, ihr Alter und die Art ihrer Entstehung gekürzt, soweit sie zur Deckung der Beträge überhaupt ausreichen. In Verbindung damit haben auch die Bestimmungen in § 4 der 1. Durchführungsvorordnung zum Umstellungsgesetz besondere Bedeutung, da die Anordnung über die Reihenfolge, in der die Guthaben zur Deckung der Kopfbeträge heranzuziehen sind, zunächst die Auflösung der zahlreichen Kleinkonten zur Folge haben und das Erlöschen der kleinen Sparguthaben verursachen wird.

Die Anrechnung der Kopfbeträge an den Guthaben ohne Rücksicht auf ihre Höhe, auf die Vermögenslage und das Einkommen der Berechtigten wird sich als sehr unsozial auswirken. Die Auflösung der kleinen Ersparnisse trifft nämlich in erster Linie die Altersrentner, die Arbeitsinvaliden, die Kriegsveteranen, Kriegshinterbliebenen und Kriegswaisen, die Arbeiter und Angestellten der Industrie, die Hausangestellten und landwirtschaftlichen Arbeiter, ferner Beamte und Angestellte der öffentlichen Verwaltung besonders hart, aber auch die Mittelstandsschichten in empfindlicher Weise. Oft sind die Ersparnisse mühsam zusammengetragen, teilweise stammen sie von den Vorfahren her, sind echte Verzichte auf mögliche Lebensgenüsse und aus wertvollen ethischen Auffassungen heraus geschaffen. Insbesondere sind auch die Kinderkonten betroffen, ob sie nun Ausbildungsgelder der Eltern oder eigene Ersparnisse der Kinder aus Kleinverdiensten darstellen. Die Zerstörung dieser Ersparnisse widerspricht den Interessen des Volksganzen. Es ist unverständlich, daß der Nichtsparer, dem ein Guthaben zur Deckung des Kopfbetrages nicht weggenommen werden kann, besser gestellt ist als der Sparer, der Nichtsparer also für sein volkswirtschaftlich teilweise unnützes Verhalten noch belohnt wird. Auch muß es auf den Willen zur Sparsamkeit und Genügsamkeit eine verheerende Wirkung ausüben, wenn Nichtsparer und Sparer durch die Anrechnung der Kopfquote wirtschaftlich gleichgestellt werden.

Mit der Vernichtung der kleinen Ersparnisse ist den ärmsten Schichten unseres Volkes der letzte Notgroschen und der — wenn auch geringfügige — wirtschaftliche Rückhalt genommen; damit sind Verzweiflung, Not und Sorge Tür und Tor geöffnet. Unzählige auf den Weg des Bettels verwiesen und von der Müdigkeit der Mitmenschen und des Staates abhängig gemacht. Insbesondere trifft dies für Alle und Arbeitsunfähige zu, die nicht mehr — auch nicht in der Zukunft — in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Da ihre Ersparnisse ohnehin auf ein Zehntel zusammenschrumpfen, bedeutet die Anrechnung der Kopfbeträge eine ganz besondere Härte. Ein großer Teil wird deshalb ausschließlich nach Aufzehrung der Kopfquote auf die Unterstützung des Staates angewiesen sein. Dies wird eine der am deutlichsten sichtbaren sozialen Auswirkungen dieser Notgroschenvernichtung darstellen und den Elend des Staates, aber auch die Ausgaben und Steuern der übrigen Staatsbürger beeinflussen. Die ohnedies vorhandene Verarmung und noch drohende Verelendung weiter Volksschichten wird durch die Anrechnung der Kopfquote noch krasser zutage treten. Die politischen Folgen dieser sozialen Entwicklung können nicht ernst genug genommen werden.

Durch die Anrechnung der Kopfbeträge werden bei den öffentlichen Sparkassen des heutigen Landes Baden schätzungsweise etwa 436 000 Sparkonten (bei etwa 1,2 Millionen Einwohnern) mit Einzelguthaben bis zu

500 RM und mit einem Gesamtguthaben von rund 75 Millionen RM aufgelöst und somit die Ersparnisse von 436 000 Bewohnern des Landes, von Männern, Frauen und Kindern, aufgesaugt darüber hinaus werden durch die Anrechnung der Kopfbeträge bei mehrköpfigen Familien auch Sparkonten mit größeren Guthaben aufgezehrt. Weiter werden etwa 350 000 Sparkonten mit Beträgen von 500 bis 3000 RM und einer Gesamtsumme von rund 190 Millionen RM ebenfalls von der Anrechnung der Kopfbeträge betroffen oder in Mitleidenschaft gezogen. In Südbaden wird insgesamt etwa die Hälfte aller Sparkonten gelöscht werden, für das gesamte Währungsgebiet wird die Zahl der von der völligen Auflösung betroffenen Sparkassenbücher auf nahezu 20 Millionen Stück geschätzt.

Abgesehen von den direkten und persönlichen Auswirkungen, die von der Anrechnung der Kopfbeträge ausgehen, drohen noch andere schwerwiegende Störungen volkswirtschaftlicher Art, insbesondere der Sparkapitalbildung und vor allem die ohnehin von der allgemeinen wirtschaftlichen Leistungskraft abhängigen Finanzierungsgrundlagen für den Neuaufbau unserer zerstörten Gebiete, hemmend. Davon wird in erster Linie der Wohnungsbau betroffen, der bei sinnvoller Förderung einen der übelsten Mißstände unserer gegenwärtigen Zeit und damit einen Teil der sozialen Schwierigkeiten, nämlich die Wohnungsnot, beseitigen würde. Voraussetzung für die Finanzierung des Wohnungsbaus ist die Sparkapitalbildung, die eine ausreichende Zuführung von langfristigen Hypothekenkrediten für den Bau von Wohnungen aller Art ermöglichen würde. Wenn allein in Südbaden etwa 10 v. H. der früher vorhandenen Häuser zerstört sind und darüber hinaus ein weiterer erheblicher Wohnungsmangel besteht, so wird die Bedeutung der Wohnungsbaufinanzierung klar, zu der auch der letzte Spargroschen dienstbar und nützlich gemacht werden müßte. Wird die Bedeutung von menschenwürdigen Behausungen richtig eingeschätzt, so werden die Auswirkungen nicht überschätzt werden können, die bei dem Weiterbestehen der gegenwärtigen Wohnungsverhältnisse in Stadt und Land auf die sozialen Verhältnisse unvermeidlich sind. Gerade der deutsche Hang zu Heim und Häuslichkeit muß eine ausreichende Befriedigung finden, wenn nicht ohnehin weite Teile durch den Krieg heimatis gewordenen Volkstums weiterhin entzweit bleiben sollen. Die Mißstände, die sich hieraus ergeben, liegen klar auf der Hand. Ihre Beseitigung und Verhinderung ist eine lebensnotwendige soziale Forderung.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß bei der Anrechnung der Kopfbeträge auf Altguthaben aller Art und ohne Rücksicht auf ihre Höhe sowie ohne Beachtung der wirtschaftlichen Lage der betroffenen Sparer folgende Wirkungen drohen:

1. Die wirtschaftlich schwächsten und ärmsten Volkskreise werden ihrer letzten Notgroschen beraubt.
2. Die Alten, Kranken und Arbeitsunfähigen werden von der Hilfe der Gemeinden restlos abhängig sein. Die Soziallasten werden erheblich ansteigen.
3. Das Vertrauen und die Hoffnung weiter Volksteile auf eine gerechte Lösung der sozialen Probleme wird erschüttert.
4. Das Vertrauen der Sparer zu den Sparkassen und anderen Geldinstituten wird glibbicht angeschlagen. Eine neue Sparkapitalbildung ist völlig in Frage gestellt, jedenfalls gefährdet.

5. Die bisherige umfangreiche, bedeutsame Finanzierung des Wohnungsbaus, der öffentlichen Aufgaben und der mittelständischen Wirtschaft durch die Sparkassen wird unmöglich sein. Die Beseitigung der sozialen Mißstände durch das Fehlen menschenwürdiger Behausungen wird erschwert.

Auf die drohenden sozialen Gefahren habe ich, soweit sie aus dem 1. Währungsgesetz schon erkennbar waren, als Redner der Demokratischen Fraktion bei der ersten Währungsansprache im Landtag am 22. 6. 1948 mit eingehenden fachlichen Ausführungen hingewiesen. Nachdem inzwischen auch das Emissionsgesetz und das Umstellungsgesetz erschienen sind und dadurch die Schwierigkeiten deutlicher sichtbar wurden, hat die Demokratische Fraktion des Badischen Landtags, um den oben dargestellten Gefahren entgegenzuwirken, bereits unterm 6. 7. 1948 einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht werden soll, alsbald im Benehmen mit der Militärregierung dafür einzutreten, daß für jeden Inhaber eines Reichsmark-Abwicklungskontos und für jede Person, die zu seiner Familie zählt, Sparguthaben im Gesamtbetrag von je 3000 RM als Freibetrag vom Abzug der Kopfbeträge gemäß Artikel 4, § 9, Buchstabe a UG (§ 4 der Fassung für die Bizone) freigestellt werden. Soweit Sparguthaben des Inhabers eines Reichsmark-Abwicklungskontos oder der zu seiner Familie gehörenden Personen den hiernach zugelassenen Freibetrag von je 3000 RM übersteigen, soll das ausgezahlte Kopfgeld nach Artikel 4ff, §§ 6ff (Bizone §§ 4ff) der 1. Durchführungsverordnung ermittelt und angerechnet werden.

Zusicherungen Koenigs an die Länderchefs

Eine französische Stellungnahme zum Demontage-Problem

Frankfurt. Der französische Militärgouverneur General Koenig sicherte den Ministerpräsidenten seiner Zone zu, er werde sich bei seiner Regierung dafür einsetzen, daß die Demontagen in der französischen Zone nicht durchgeführt werden, berichtete Ministerpräsident Peter Altmeppen nach einer internen Besprechung mit General Koenig anlässlich der Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren.

Am 23. Juli war gemeldet worden, daß die französische Militärrregierung die Regierung von Württemberg-Hohenzollern angewiesen hat, sofort mit der Demontage von 38 Betrieben zu beginnen. Unter diese Betriebe fiel fast die gesamte Uhrenindustrie des Landes, darunter Junghans und Kienzle, sowie ihre Zubringerbetriebe. Ihre Demontage hätte die deutsche Wirtschaft der französischen Zone einen Exportverlust von 8,5 Millionen Dollar gekostet.

Baden-Baden. Press- und Rundfunkmeldungen haben das Problem der Reparationen und Demontagen in den drei Westzonen erneut in den Vordergrund gerückt. Eine maßgebende Persönlichkeit der französischen Militärrregierung legte wegen gewisser Ungenauigkeiten, die geeignet erscheinen, in der französischen Besatzungszone eine unbegründete Erregung hervorzurufen, Wert darauf, folgende Richtigstellung zu geben:

Die Demontagen, die in der französischen Zone durchzuführen sind, ergeben sich nicht aus einer einseitigen Initiative der Militärregierung, sondern auf Grund internationaler Vereinbarungen, die vor kurzem in London bestätigt wurden. Die Demontagelisten sind auf Grund eines Uebereinkommens der beteiligten Militärrregierungen für das gesamte Gebiet der drei Westzonen aufgestellt worden. Die Fabrikarüstungen werden der Internationalen Reparations-Agentur in Brüssel zugewiesen, die allein über deren Verteilung zu entscheiden hat. Frankreich gelangt nur zu einem geringen Teil in den Besitz der demontierten Fabrikrichtungen. Die Listen sind übrigens auch den Vertretern der ERP-Organisation zur Ueberprüfung vor-

gelegt worden. Dadurch ist eine Gewähr gegeben, daß die beschlossenen Maßnahmen die Durchführung des Marshall-Plans in keiner Weise beeinträchtigen werden.

Die Demontagen in der französischen Zone gehen nicht über 6 Prozent des Wertes derjenigen hinaus, die in der Bizone durchgeführt werden, während sie unter Berücksichtigung des Industrie-Potentials 14 Prozent ausmachen müßten. Außerdem ist die Liste der französischen Zone unter Berücksichtigung des Umfangs der Beteiligung der Fabriken an den Kriegsanstrengungen und unter Berücksichtigung der Erweiterungen, die sich daraus ergeben haben, aufgestellt worden. Die Militärregierung hat sich von dem Wunsch leiten lassen, jede Arbeitslosigkeit und jede Einschränkung des Exports zu vermeiden, wie auch gleichzeitig von dem Bemühen, solche Industrien, die für den täglichen Bedarf der Bevölkerung notwendig sind, unberührt zu lassen. Die deutschen örtlichen Behörden haben Gelegenheit gehabt, ihren Standpunkt darzulegen, und ihm ist so weit wie irgend möglich Rechnung getragen worden.

Dr. Eckert und Dr. Zürcher die Vertreter Badens in Frankfurt

Freiburg. Bei den in Frankfurt stattfindenden Verhandlungen der Ministerpräsidenten ist der badische Staatspräsident Wohleb von Finanzminister Dr. Eckert begleitet. Ferner hat die Landesregierung in ihrer letzten Kabinettsitzung beschlossen, den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Zürcher, Freiburg, zum Vertreter des Landes Baden in der von den Ministerpräsidenten gebildeten Kommission zur Vorbereitung der künftigen staatsrechtlichen Zusammenfassung der Länder der drei Westzonen zu bestellen. Gleichzeitig hat die Landesregierung Dr. Zürcher als Vertreter des Landes Baden in den Länderausschuß berufen, der die Frage der zweckmäßigen Aenderung der territorialen Verhältnisse in Süddeutschland prüfen soll.

Angleichung der Rationssätze zum 1. September fraglich

Frankfurt. Der für den 1. September vorgesehene Termin zur Angleichung der Rationssätze der französischen Zone an die der Bizone wird, wie Dema aus unrichtigen Kreisen des Wirtschaftsrates erfährt, kaum einzuhalten sein. In diesem Zusammenhang wurde erneut betont, daß die Gleichstellung sich nicht auf die einzelnen Nahrungsmittel beziehe, sondern lediglich als Angleichung der Tageskalorienmenge erfolgen soll. Eine solche Angleichung der Kalorienätze könne jedoch nur dann erfolgversprechend sein,

wenn die Entnahme deutscher Lebensmittel zur Versorgung der französischen Besatzungsbehörden eingestellt werde. Diese Entnahme wird laut Dema vom Wirtschaftsrat auf 25 Prozent der gesamten Erzeugung in der französischen Zone veranschlagt.

Skorzenny entflohen

„Mussolini-Befreier“ will Spruchkammer schriftlich über die Gründe der Flucht berichten

Wiesbaden. Der ehemalige SS-Sturmabführer Otto Skorzenny ist aus dem Interniertenlager Darmstadt entflohen, teilte das Hessische Befreiungsministerium mit. Skorzenny, der im Jahre 1943 Mussolini aus seiner Haft entführte, stand vom 18.-19. September 1947 vor einem amerikanischen Militärgericht in Dachau unter der Anklage der Begehung von Kriegsverbrechen. Nachdem Skorzenny und seine Mitangeklagten von dieser Anklage freigesprochen worden waren, wurde er zur Durchführung eines Spruchkammerverfahrens in das Interniertenlager Darmstadt gebracht. Die Spruchkammer-Verhandlung gegen Skorzenny, für den die Klageschrift die Einstufung in die Gruppe der Hauptschuldigen beantragt, findet nunmehr in Abwesenheit des Betroffenen statt. Gegen den Flüchtigen ist ein Steckbrief erlassen worden.

Der Leiter des Interniertenlagers Darmstadt, Kurt Schmiedke, teilte mit, daß sich der Flüchtige nicht in Einzelhaft befindet, sondern sich seine Flucht begünstigt worden. Die Lagerleitung vermutet, daß der „Mussolini-Befreier“ durch den Stacheldraht kroch. Nach weiteren Angaben der Lagerleitung soll Skorzenny vergeblich versucht haben, seinen früheren Adjutanten Karl Radl auf der Flucht mitzunehmen. Radl hat der Lagerleitung eine Erklärung Skorzennys übergeben, wonach Skorzenny der Spruchkammer schriftlich über die Gründe seiner Flucht berichten will.

Hatfbefehl gegen Prinz August Wilhelm

Stuttgart. Prinz August Wilhelm von Preußen, ein Sohn des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., ist durch Besamte des Landeskommissars Craibelsheim verhaftet worden. Auf Grund einer Erklärung des Fürsten Ernst von Hohenlohe-Langenburg, 50 000 DM Kaution zu zahlen, falls Prinz August Wilhelm sich durch Flucht einer Untersuchung entziehen sollte, wurde der Prinz wieder freigelassen. Gegen den Prinzen liegt ein Haftbefehl des Amtsgerichts Potsdam wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit vor.

Das neue französische Kabinett

mit 329 gegen 190 Stimmen gebilligt

Paris. Das neue französische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: André Marie, stellv. Ministerpräsidenten: Léon Blum, P. H. Teilgen, Staatsminister: Paul Ramadier, Henri Queuille, Justizminister: Robert Lecourt, Außenminister: Robert Schuman, Innenminister: Jules Moch, Finanz- und Wirtschaftminister: Paul Reynaud, Landesverteidigung: René Mayer, Erziehungsminister: Yvon Delbos, Öffentliche Arbeiten und Verkehr: Christian Pineau, Industrie- und Handelsminister: Robert Lacoste, Landwirtschaftsminister: Pierre Fillmin, Übersichtsgebiete: Paul Coste-Floret, Arbeit und Sozialfürsorge: Daniel Mayer, Wiederaufbau und Städtebau: René Coty, Kriegsteilnehmer und Kriegsopfer: André Maroselli, Gesundheitswesen und Bevölkerungsfragen: Pierre Schneider.

Außer diesen 19 Ministern gehören noch 8 Staatssekretäre zum neuen französischen Kabinett. Die radikalsozialistische Partei stellt außer dem Ministerpräsidenten vier Minister und zwei Staatssekretäre, die Sozialisten und republikanische Volksbewegung stellen je sechs Minister und je zwei Staatssekretäre. Zwei Minister, Paul Reynaud und René Coty, und ein Staatssekretär sind unabhängig. Die demokratisch-sozialistische Widerstandsunion sowie die republikanische Freiheitspartei erhalten je ein Staatssekretariat.

Die französische Nationalversammlung billigte das von André Marie gebildete neue Kabinett mit 329 gegen 190 Stimmen.

Gäste auf Capri / Von Norah Pines

Capri. Ein paar Leute, die kürzlich im Restaurant Le Palme zu Abend aßen, waren höchst überrascht, als ihnen der Kelner zuflüsterte, das schwarzhaarige, dunkelgelaugte Mädchen dort drüben in der Ecke sei Carmencita Franco, die Tochter des spanischen Generalissimus. Daß sie sich auf Capri aufhielt, war eigentlich nicht besonders aufregend. Aber jeder, der es hörte, dachte unvermeidlich sofort an eine andere Tochter eines Diktators, die jetzt auf dieser schönen Insel lebt: Edda Ciano, die ehemals so einflußreiche Tochter Benito Mussolinis; sie hatte den größten Teil der letzten Monate in einer weißen Villa hoch über der Bucht von Piccolo Marina verbracht.

War es ein bloßer Zufall? Nach Ansicht der Bewohner Capris war der Grund für Carmencita Francos Besuch nur Touristenneugier.

Edda Ciano mit ihrer Sonnenbrille und ihren großen Strohüten bietet einen gewohnten Anblick. Nur Neuanrücklinge drehen sich noch nach ihr um, wenn sie vorbeigeht. Und sie geht oft vorbei, denn sie sucht keineswegs sich zu verbergen. Sie geht zum Strand, in Nachtclubs, auf die Piazza, Capris Haupttreffpunkt. Ich befragte ein paar Ortsangehörige, was sie über ihre Gegenwart denken. Sie zuckten die Schultern und sagten: „Na, schließlich...“ Doch ist Edda Ciano klug genug, nicht mit Italienern Verkehr zu pflegen, abgesehen von ein paar intimen Freunden. Sie zieht Amerikaner und Engländer vor, die immer noch vom Glanze ihres Namens beeindruckt zu sein scheinen. Ein Amerikaner erzählte mir, sie sei sehr verbittert und spräche oft von ihrem Unglück, das sie als unbillig empfindet. In der Blütezeit des Faschismus hatte sie sich ein Haus auf den Hügeln Capris gebaut (ich halte es für das einzige wirklich hässliche Haus auf der Insel). Jetzt gehört es ihr nicht mehr, und sie wohnt bei Freunden. Diese ständige Erinnerung erhöht natürlich ihre Verbitterung.

Berühmtheiten sind nie rar in Capri, und unter den ständigen Bewohnern der Insel wie auch in den Fremdenlisten findet man viele bekannte Namen. Und dennoch werden

in Capri Klagen laut. Die Geschäftsinhaber, die Hotelbesitzer und die Gepäckträger, die die Koffer der Gäste auf dem Kopf transportieren, weil Wagen in den engen Straßen nicht fahren dürfen, die Kaffeehausbesitzer — alle behaupten, die Saison sei schlecht. Teilweise ist das schlechte Wetter daran schuld, hauptsächlich jedoch die hohen Preise, die die Fremden von Italien fernhalten. Das Leben ist heutzutage teuer, und die Saison in Capri dauert nur sechs Wochen. So versucht jeder, in dieser Zeit das Beste herauszuholen, und das Beste erwies sich eben als zuviel.

Die besorgten Behörden begannen eine Kampagne für angemessene Preise und setzten Höchstpreise nicht nur für Hotels, sondern auch für Restaurants, Mietautos und Taxen, Gepäckträger usw. fest. Ein Restaurant, das Überpreise genommen hatte, wurde auf eine Woche geschlossen. Solche drastischen Maßnahmen zeitigen Erfolge, aber es mag zu spät sein.

An den Wochenenden wird das aristokratische Capri von Tausenden von Touristen aus Neapel heimgesucht. Auf bequemen Dampfern kommen sie in eineinhalb Stunden herüber. Unter ihnen sind viele Hochzeitspaare, die sich eine richtige Reise nicht leisten können und ein oder zwei Tage hier verbringen. Sie gehören zu den ruhigsten Gästen, sitzen Hand in Hand auf den Felsen hoch über dem Meer oder betrachten die Sehenswürdigkeiten. Die anderen Wochenendgäste sind dafür um so geräuschvoller; sie singen und schreien und genießen ihr Leben nach Herzenslust, sobald sie sich von der Seekrantheit erholt haben, die viele auf der kurzen, aber rauhen Überfahrt überkommt. Die neueste Mode für Wochenendgäste ist sich pagodenartige Strohüte mit leuchtend roten, grünen und blauen Filzblumen zu kaufen, die einfach eine Beleidigung für die Schönheit Capris sind.

Ueber diese Schönheit ist schon soviel gesagt worden, daß man nichts hinzufügen kann, das nicht trivial klingen würde. Außerdem würde es doch keiner glauben, daß Wasser eine so intensiv blaue und grüne Farbe haben kann oder daß die Felsen rosa und lila gelblich sind.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Vorläufig keine Ermäßigung der Telegrammgebühren in der französischen Zone. Wie Südena von zuständiger Stelle erfährt, tritt in der französischen Zone am 1. August keine Aenderung der Telegrammgebühren ein. Die Frage, ob und wieviel zu einem späteren Zeitpunkt, etwa zum 1. September eine Angleichung an die mit Wirkung vom 1. August herabgesetzten Gebühren der Bizone vorgenommen werden kann, wird auf Grund der Entwicklung des Telegrammverkehrs seit der Währungsreform weiter geprüft.

Evangelisches Jugendwerk hilft. Zwölftausend Jugendliche aus Nord- und Südbaden erhalten durch das evangelische Jugendwerk Baden die Möglichkeit, die Ferien in Zeltlagern und Freizeiten zu verbringen, teilte der evangelische Presseverband mit. Durch die Ausgabe der Hooverspendung in den Lagern sowie durch Spenden der amerikanischen christlichen Jugend wurde die Verpflegungsfrage gelöst.

SMA übernimmt ab 1. August offiziell die Versorgung Berlins. Die SMA teilte dem Berliner Magistrat offiziell mit, daß sie ab 1. August die Verpflegung der gesamten Berliner Bevölkerung übernehmen wird.

Konsularische Vertretung Argentiniens in Deutschland. Dr. Enrique Charles Dubois wurde zum Generalkonsul der Republik Argentinien in Deutschland ernannt. Sitz des

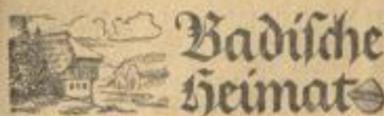
Generalkonsulates ist (ab Mitte August) Frankfurt a. Main. Ein weiteres Konsulat Argentiniens wird demnächst in Baden-Baden errichtet und dem Konsul T. Kl. D. Arnaldo Barsanti (bisher Zürich) unterstellt.

Postüberwachung in der Ostzone. Bei den sächsischen Postämtern ist nach einer Meldung des „Sozialdemokrat“ ein Brief-Überwachungsdienst eingeführt worden. Das Blatt berichtet, daß Postsendungen nach dem Ausland und den Westzonen in den Sortierräumen ausgesondert, Absender und Empfänger in Listen aufgeführt und an den sowjetischen Postüberwachungsdienst und an die Abteilung K5 gemeldet werden. K5 ist die Tarnbezeichnung für die deutsche politische Polizei in der Sowjetzone.

Bau eines Elbe-Spree-Oder-Kanals geplant. In Brandenburg wurde eine Gesellschaft gegründet, die sich mit der Planung eines Verbindungskanals zwischen Elbe, Spree und Oder befaßt.

DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redakteur: Günter Altmann
 Anzchr. der Redakt.: Lehr/Schw., Post. 376, Tel. 206.
 Verlag: Demokratische Verlagsge. mbH., Lehr/Schw.
 Druck: Moritz Schauberg, Lehr/Schw. — K. & H. Greiner, Rastatt (Baden). — Süßwiedruck K.-G., Lössach. — A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).
 Unverlangte Manuskripts werden nicht zurückgesandt



Badische Heimat

Vom „trauten Lied“ der Dreschmaschine

Im geschriebenen Worte wurde und wird das Bauernschaffen oftmals verniedlicht. Gewiß nicht in böser Absicht. Der Bauer nimmt es auch nicht krumm. Er lacht, halb mit-leidig, halb belustigt, er schüttelt auch mal unwirsch den Kopf, wenn er vom „trauten Lied der Dreschmaschine“ vom „sommerlichen Festgesang der Sensen“ und vom „melodi-schen Klang der Mähmaschinen“ liest. Er hört nämlich von solchen freundlichen Klängen nichts. Er könnte höchstens „ein Liedchen singen“ von bleischweren Gliedern, von Hitze, Staub und Durst, von Sturzböen von Schweiß und von widerspenstigen Ma-schinen. Laßt uns nur einmal für kurze Zeit bei der Drescharbeit Hand anlegen, wo pausenlos die Treibriemen surren, pausenlos die Garben von den Erntewagen auf die Maschine fliegen, um den Rachen des ruttan- den Ungetüms immer wieder zu füllen. Hier gibt nicht der Mensch, sondern die Maschine das Arbeitstempo an. Und sie läßt kaum Zeit zum Atemholen. Viele Arme müssen sich ihrem Rhythmus anpassen, dürfen nicht müde werden, nicht ausruhen, wenn die Arbeit nicht ins Stocken geraten soll, denn die Zeit ist kostbar. Morgen warten bei einem anderen Bauern bereits Erntewagen und Erntekräfte auf die Dreschmaschine. Von dem vielgelesenen „trauten Lied der Dresch-maschine“ hört keiner der Helfer und Hel-fertinnen etwas. Wohl aber ein Lied von Mühe, Schweiß und Pflicht!

Obst, Gemüse und Wein sind frei

Im Zuge der Neuordnung auf dem Gebiete der Verwaltung und der Bewirtschaftung, die durch den an den badischen Staatspräsidenten gerichteten Brief des Gouverneurs Péne vom 19. Juni und die in der vergangenen Woche veröffentlichten Anordnungen des Oberkommandierenden der französischen Besatzungszone entwickelt worden ist, sind nun auch in der Bewirtschaftung wichtige Ver-änderungen eingetreten. Obst, Gemüse und Wein sind mit sofortiger Wirkung freigegeben worden; allerdings bleibt die Verpflichtung zur Erfüllung restlicher Besatzungsan-lagen für diese Warenarten aufrechterhalten. Ueber die Aufhebung der Bewirtschaftung des Brauntweines wird in den nächsten Tagen entschieden werden.

Rot gestempelte Reisemarken werden un-gültig

Reisemarken der Ausgabe „September—Dezember 1947“, die von den einzelnen Er-nährungsämtern Südbadens mit roter Ueber-stempelung versehen und bis jetzt in Umlauf gelassen wurden, verlieren mit dem 31. Juli 1948 ihre Gültigkeit.

Frühkartoffeln für den Monat August

Für den Monat August 1948 werden für Normalverbraucher, Teilselbstversorger in Brot, Butter und Butter und Brot, für Schwerarbeiter, werdende und stillende Müt-ter auf die Lebensmittelkarten des Monats Juli demnächst Frühkartoffeln verteilt werden. Säuglinge und Kinder von 0 bis 3 Jahren erhalten je 1 500 Gramm, Kinder von 3 bis 6 Jahren 3 750 Gramm, Jugendliche von 6 bis 19 Jahren 7 500 Gramm und alle übrigen Ver-bräucher über 19 Jahre 10 000 Gramm Kar-toffeln. Für werdende und stillende Mütter sind 2 000 Gramm vorgesehen; bei den Schwerarbeitern erhält die Gruppe II 3 750 Gramm, die Gruppe III 13 700 Gramm und die Gruppe IV 12 400 Gramm.

Späte Bezahlung von Viehmärgen aus dem Jahre 1946

Bei Viehmärgen, die im Jahre 1946 geliefertes Vieh von den Viehhändlern erst jetzt kurz vor der Währungsreform 1948 bezahlt

bekamen, ist der Eindruck entstanden, daß die Viehhändler diese Zahlungen jahrelang zurückgehalten und mit dem Geld gearbeitet hätten, um es dann erst unter dem Druck der Währungsreform noch schnell in wert-losen Reichsmark zu bezahlen. Auf Veran-lassung der so beschuldigten Viehhändler stellt das Badische Ministerium der Land-wirtschaft und Ernährung hierzu fest: Im Jahre 1946 mußten größerer Mengen Vieh aus Südbaden nach Rheinland-Pfalz (Bad Kreuznach und Offenbach a. d. Glahn) abge-geben werden. Der Wert dieser Lieferungen wurde der Landestregierung Rheinland-Pfalz in Rechnung gestellt, die jedoch Einwände erhob, ob es ihr zukomme, diesen Betrag zu bezahlen. Die Verhandlungen darüber zogen sich hin, bis die Finanzministerien der Län-der sich darüber geeinigt hatten. Erst wenige Tage vor Eintritt der Währungsreform wur-den dann größere Beträge an die Landes-hauptkasse, Bankkonten und verschiedene zuständige Kassen angewiesen, die sofort an die Händler zur Begleichung der Forderun-gen der Viehhändler zur Verfügung ge-stellt wurden. Wenn die Viehhändler also erst unmittelbar vor der Währungsreform bezahlt wurden, so geschah dies, weil sie infolge der verspäteten Zahlung aus Rheinland-Pfalz selbst erst in diesen Tagen in den Besitz der Beträge gekommen waren.

LANDESCHRONIK

Emmendingen. Durch Stiefelspuren und zwei während einer Diebstahl in der Elle des Aufbruchs zurückgelassene Rucksäcke sind die seit Jahr und Tag in Emmendingen und Umgebung begangenen Einbrüche aufgeklärt worden. Der Rädelführer der Gesellschaft hat seinen Wohnsitz in Riegel; mit ihm hat man vier weitere Kumpane hinter schwe-di-sche Gardinen gesetzt. Ihr Sündenkonto be-läuft sich auf mindestens 60, zum Teil schwere Einbrüche. Unter anderem haben sie drei Zentner Rohtabak, 25 000 Zigaretten und in einer Aprilnacht 1946 in der Milchzentrale Emmendingen mehrere Butterbullen im Ge-samtwert von fast fünf Zentnern erbeutet.

Freiburg. Bei einer vom Ernährungsamt durchgeführten Kontrolle der hiesigen Bäckereibetriebe wurden in neun Bäckereien erhebliche Fehlmengen an Mehl festgestellt. Wie die nachfolgende Untersuchung ergab, ist ein beträchtlicher Teil des der Allgemeinheit entzogenen Mehls zur Herstellung von Backwaren aufgebraucht worden, die ohne Herabgabe von Marken verkauft wurden. Die unter Anklage gestellten Inhaber der neun Bäckereien wurden nunmehr vom Schöffengericht wegen Außersichtlassung der Sorg-faltspflicht bei der Brotherstellung, Gefähr-dung der Volksernährung und Vergehens gegen die Verbrauchsregelungs-Strafverord-nung zu Geldstrafen von 600 DM aufwärts bis zu 4 500 DM verurteilt.

Freiburg. Vor einigen Tagen entsprang ein wegen Diebstahls verhafteter siebzehnjäh-riger Bursche, Der Ausreißer flüchtete in die angeschwollene Dreisam und ließ sich halb schwimmend flussaufwärts treiben. Ein dem Durchbrenner mit dem Fahrrad auf dem Dreisamdamm nachsetzender Kriminalbeam-ter konnte schließlich den Flüchtling zum Verlassen des Wassers bewegen und verhaf-ten.

Singen (Hohentwiel). Anstelle der beiden hier bestehenden Untersuchungs-Ausschüsse, die mit dem 31. Juli ihre Tätigkeit einstellen, tritt zur Vereinfachung der Verfahren ab 1. August eine Spruchkammer-Außenstelle unter Leitung von Landgerichtsrat Riedler-Konstanz. — Vom Ministerium traf bei der Stadtverwaltung jetzt die Genehmigung ein, innerhalb der Gewann „Triefeld“ die dort befindlichen alten Grundstücke in baufähige Plätze umzulegen. In dem neuen Gebiet wer-den die Straßen „Schützenweg“, „An der Halde“, „Schorenbühl“ entstehen, für deren Anlage die Stadt bereits die notwendigen Ge-ländestreifen übernommen hat. — Eine be-sinnliche Schulentlassungsfeier veranstalteten die Volksschulen im Kolpinghaus. Im Mittel-punkt der Feier stand die Ansprache Rektor Knechts, die mit der Mahnung an die Jugend

Freiburg. Der Stand der Reben in Süd-baden wird vom staatlichen Weinbauinstitut, als gut bezeichnet und läßt einen quantitativ zufriedenstellenden Ertrag erhoffen. Das kühle Wetter hat das Wachstum zwar ge-stoppt, jedoch wird bei anhaltender Wärme das Verlorene schnell aufgeholt werden. Die Pflanzen sind allerdings durch die Witterung gegenüber der Spritzbrühe überempfindlich geworden, und die Beeren wie Blätter zei-gen vielfach Aetzstellen, werden unansehnlich und fallen ab. Der Krankheitsbefund der Re-ben ist unbedeutend, im wesentlichen ist nur etwas Mehltau festzustellen. Wenn keine Zwi-schenfälle eintreten, kann jedoch durchaus mit einem Herbst wie 1944 oder 1945 gerech-net werden. Die Freigabe des Weines wird als bevorstehend angesehen. Wenn sie bis-her nicht, wie in anderen Ländern, auch in der französischen Zone erfolgt ist, so hat wohl die Befürchtung mitspielt, daß durch das Gefälle nach der Bizezone infolge der Währungsreform ein Abfließen großer Wein-bestände aus Baden stattfinden würde. Diese Befürchtung dürfte aber — so meint man in Kreisen des Weinbaues — fehl gewesen sein, da bei dem starken Angebot an anderen deutschen Weinen für den badischen Wein kein besonderes großes Interesse außerhalb des Landes bestehen dürfte.

Rielasingen. In Alter von 80 Jahren ver-starb Frau Kressentia Boll, geb. Kefler, Steißlinger Straße. — Am 23. Juli wurden aus der Volksschule Arlen 6 Buben und 9 Mädchen und aus der von Rielasingen 16 Buben und 18 Mädchen entlassen. Am Son-n-tag war in beiden Pfarreien unserer Ge-meinde die kirchliche Entlassungsfeier mit Amt und gemeinsamer Kommunion. — Der neugegründete Instrumentalverein hat mit seinen ersten Proben begonnen. Die Leitung des Orchesters hat Kapellmeister Gers aus Singen übernommen.

Pfullendorf. Erst seit kurzer Zeit ist das hiesige Waldbad eröffnet, und schon ist diese Freude der Einwohner Pfullendorfs durch einen tragischen Unglücksfall getrübt wor-den. Am Montagabend erkrankte Josef Wald-schütz. Er hatte sich in erhittem Zu-stande und mit vollem Magen in das Was-ser begeben und erlitt einen Herzschlag. Wiederbelebungsversuche, die von einem Arzt ausgeführt wurden, blieben ohne Erfolg. Der Tod des erst 20jährigen ist für die Familie um so tragischer, als bereits ein weiterer Sohn gefallen ist und der eben Verstorbene vor nicht allzulanger Zeit aus der Gefangen-schaft zurückgekehrt war.

Radolfzell. Das den Untertage befahrende Motorboot „Reichenau“ ist nach seiner Ueber-holung in der Konstanz Werft wieder in Dienst gestellt worden und präsentiert sich in einem schmunzigen, weißen Gewande. Nun-mehr wird das größere Motorboot „Radolf-zell“ zur Ueberholung nach Konstanz kommen.

Überlingen. Bürgermeister Franz Hug ist in der Nacht vom 25. auf 26. Juli, kurz nach Vollendung seines 65. Lebensjahres, an einem Herzleiden gestorben. In den Jahren 1929 bis 1933 war er Bürgermeisterstellvertreter, 1946 wurde er zum Bürgermeister gewählt. Bür-germeister Hug war allseits geachtet und be-liebt; er hat sich große Verdienste um die Stadt erworben.

Stetach. Einem tödlichen Verkehrsunfall ist die 58jährige Ehefrau Maria Hnuta von Schwenningen zum Opfer gefallen. Der Fahrer eines mit 60 Zentnern Obst beladenen LKW hatte infolge der Nichtabblendung eines ihm entgegenkommenden Autos die Herrschaft über seinen Wagen verloren und fuhr gegen einen Baum. Hierbei wurde die im Führer-haus sitzende Frau auf der Stelle getötet.

Die Lage im badischen Weinbau

Wenn ein erhebliches Nachgeben der au-genblicklichen Preise erwartet wird, so hat das folgende Gründe: Die Besatzung wird — so nimmt man in badischen Weinbaukreisen an — bei der guten französischen und elsa-sischen Ernte und den dort geltenden niedri-gen Preisen — etwa ein Drittel der Preise in Baden — den heimischen Wein bevorzugen, so daß sogar eine deutsche Absatzkrise ein-treten kann, wenn eine mengenmäßig ergie-bige Ernte zu verzeichnen sein sollte. Man werde dann auch in Baden zu der Friedens-kalkulation zurückkehren, die einen Preis von durchschnittlich 1,50—2,00 DM pro Flasche zeitigte. Wenn auch durch die Aufhebung der Rationierung ein erheblich größerer Konsum-mentenkreis wieder erschlossen wird, so ist doch zu beachten, daß durch die bisherige gelegentliche Zuteilung der Wein vielfach in Kreise gelangte, die ihn nur kauften, weil er eben auf Karte geliefert wurde und daß diese Käuferschichten in Zukunft zum Teil ent-fallen werden, sobald die Entnahme nicht mehr zuteilungsmäßig erfolgt.

Zusammenschluß in der Metallindustrie der französischen Zone

Baden-Baden. In einer Versammlung von Delegierten der Nichtisen-Metallindustrie-Unternehmen der französischen Besatzungs-zone wurde dieser Tage beschlossen, die bis-herige Zentralstelle für Nichtisen-Metalle der französischen Zone in eine Vereinigung mit dem Namen „Metallwirtschaftsbund e. V.“ umzuwandeln. Zum Vorsitzenden der Ver-einigung wurde Dr. Paulsen, Singen/Kon-stanz, zum stellvertretenden Vorsitzenden Direktor Oswald, Braubach, gewählt. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des Herrn Herklotz und Fr. Dr. Hein. Die neue Vereinigung umfaßt auf der Grundlage frei-williger Mitgliedschaft solche Werke in der französischen Besatzungszone, die Nichtisen-Metalle herstellen oder verarbeiten. Aufgabe der Vereinigung ist die Weiterleitung einge-führten Metalls an ihre Mitglieder, die Doni-zierung der Kontingente auf die Liefer-werke, die Interessenwahrnehmung der Mit-glieder durch Beratung bei der Militärregie-rung und den deutschen Dienststellen sowie eine Zusammenarbeit mit den fachlichen Organisationen der gewerblichen Wirtschaft in den einzelnen Ländern.

100 Jahre Eisenbahn-Ausbesserungswerk

Friedrichshafen. In Anwesenheit von Ver-tretern der Militärregierung, der französi-schen Eisenbahnverwaltung sowie der be-nachbarten Eisenbahndirektionen feierte das Eisenbahn-Ausbesserungswerk Friedrichs-hafen am Wochenende sein hundertjähriges Bestehen. Das Werk hat wesentlich zur raschen Verkehrsentwicklung im südlichen Württemberg und auf dem Bodensee beige-tragen und beschäftigt heute 1000 Personen. Es soll künftig nicht mehr als Sonderwerk für Motorfahrzeuge der Eisenbahn, sondern wieder als Ausbesserungswerk für Dampf-lokomotiven betrieben werden. Ein Teil des Werkes ist, da eine räumliche Erweiterung notwendig wurde, jetzt auf dem Gelände der früheren Zeppelin-Werft untergebracht.

Die Krankenversicherung nach Wehrdienst und Internierung

Kriegsgefangene und Zivilinternierte kön-nen nach ihrer Entlassung aus der Gefangen-schaft, solange sie keine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, ihre frühere Krankenversicherung nach der Reichsversi-cherungsordnung freiwillig fortsetzen. Die Versicherung muß unmittelbar bis zur Ein-gliederung in die Wehrmacht, die allgemeine und Waffen-SS, Reichsarbeitsdienst u. a. Or-ganisationen oder bis zum Beginn der zivilen Internierung bestanden haben. Internierte auf Grund eines Gesetzes oder auf Anordnung der Militärregierung sind nicht zivile Inter-nierte im Sinne dieses Gesetzes. Die An-meldung muß innerhalb 4 Wochen nach Rück-kehr aus der Gefangenschaft erfolgen. Für die schon aus der Gefangenschaft Zurückge-kehrten ist sofortige Anmeldung bei der AOK notwendig. Alle weiteren Auskünfte wird die AOK erteilen.

Unter den Farben Schwarzrotgold

Ausstellung der Revolutionsdokumente Süd-westdeutschlands von 1848/49
Baden-Baden. Im Kurhaus sieht man gegenwärtig eine hochinteressante und bewege-nde Ansammlung von Dokumenten, die zu der Ausstellung „Die Revolution von 1848/49 in Südwestdeutschland“ zusammengefaßt sind. Diese Schau mutet zunächst ein wenig verspätet an, da die großen Jahrhundert-feiern des Revolutionsjahres von 1848 bereits verstrichen sind. Aber was hier geboten wird, ist doch weit mehr, als sich in einem Jubi-läumartikel sagen läßt. Wenn der Begriff des Tragischen irgendwo in seiner ganzen Schwere Sinn hat, so hier; angesichts der Dokumente, die von einer ebenso hochherzi-gigen wie vergeblichen Anstrengung sprö-chen.

Man hat oft behauptet, daß die Deutschen mehr Sinn für Ordnung als für Freiheit hät-ten. Aber die Ereignisse des Jahres 1848 strafen diese Behauptung Lügen. Sie zeigen, daß von lange her ein liberales Deutschland nach oben strebte, das freilich niemals ein rechtes Verhältnis zur Technik der Macht zu ge-winnen vermochte. Die Freiheitsbewegung in Deutschland war stets sentimental. Sie verfügte über Enthusiasten, kaum aber über Köpfe der politischen und militärischen Strategie. Die „Deutsche Revolution“ war immer jugendlichhaft und gelangte nie zu dem Ernst und der Sicherheit der Mannesjahre.

Stets hat man als den großen Gegenspieler der deutschen Revolutionäre das reaktionäre

Preußen zur Verantwortung gezogen. Süd-deutsche Bequemlichkeit begnügte sich mit der vorwurfsvollen Feststellung, daß Preu-ßen eben „an allem schuld“ sei. Und so macht es sich auch die Ausstellung in Baden-Baden etwas bequem, indem sie die Nürn-berger Hohenzollern allein für das Mißlingen der süddeutschen Aktion verantwortlich macht. Es besteht kein Zweifel, daß die Wiener Reaktion mit innen- und außenpoli-tischen Mitteln arbeitete, die weitaus gefäh-licher für die revolutionäre Bewegung waren und die, sehr geschickt, Preußens Brutalität als taktisches Mittel einzuspannen wußte. Man übersieht auch allzu sehr, daß nicht nur Süddeutschland, sondern auch das östliche Preußen — zum Beispiel Königs-berg — der Freiheitsbewegung bedeutende Impulse gegeben hat. Ostdeutschland — wir nennen hier den erlauchten Namen Imme-nuel Kants — zeigte eine moralische Kraft und Härte, die selbst von den Machthabern in Berlin gewürdigt werden mußte.

Indessen überwog in Südwestdeutschland die Aktion. Unter dem Einfluß der revolu-tionären Ereignisse von Paris überschritt im Frühjahr 1848 die „Deutsche demokratische Legion“ den Rhein und versuchte, die deut-sche Republik zu erkämpfen. Viel zu wenig sind der Mut, die Kühnheit und der revolu-tionäre Schwung dieser freiheldlichen Bata-lione bisher in Deutschland gewürdigt wor-den. Es bedeutet ein besonderes Verdienst der Ausstellung, daß man mit Sorgfalt und Liebe aus Archiven, öffentlichen und privaten

Sammlungen Südwestdeutschlands, Frank-reichs und der Schweiz alles zusammengetra-gen hat, was den revolutionären und freiheit-lichen Geist der Revolutionsjahre widerap-pelt. In einer Reihe von Sälen sind die Do-kumente, die Manifeste, die Aufrufe, die Lithographien, die Büsten, die Zeitungsaus-schnitte und die persönlichen Bekenntnisse der deutschen Revolutionsmänner von 1848/49 zusammengestellt. Es bietet sich hier ein wahrhafter Anschauungsunterricht, der bis-lang durch nationalistische und monarchi-stische Tendenzen unterdrückt worden ist.

Die Ausstellung, die hier einen Monat ver-weilt und dann in Mainz gezeigt wird, sollte besonders der Jugend als ein Anschauungs-unterricht dienen, der zum Nachdenken zwingt. Die fast fünfzehntausend Dokumente, die in dieser Schau ausgearbeitet sind, werden in einem sehr sorgfältig bearbeiteten Katalog vorzüglich erläutert.

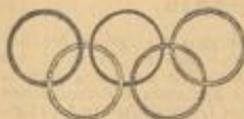
Die Bodensee-Bühne Ueberlingen

Nachdem die Bodensee-Bühne Ueberlingen (Dir.: Heinrich Schmidt-Seeger) im vergan-genen ersten Spieljahr im gesamten süd-badischen und schwäbischen Raum vom Allgäu bis zum Oberrhein Land mit bemerkens-werten Inszenierungen hervorgetreten ist (er-wähnt seien nur Max Halbes „Strom“, Kleists „Der zerbrochene Krug“, Goldonis „Der Lüg-ner“ und Hofmannsthals „Jedermann“) be-gann die neue Spielzeit nach der Währungs-reform mit der Oper „Der Barbier von Se-villa“, zu der Gäste aus München, Karlsruhe,

Stuttgart und das Städtische Orchester Konstanz unter Leitung von Hans Kenner-knecht Wesentliches beitrugen. Die nächste Einstudierung der Oper wird Mozarts „Così fan tutte“ sein. Das Schauspiel bringt zur Er-öffnung Schillers „Kabale und Liebe“. An weiteren Werken sind vorgesehen: „Komödie der Irrungen“ von Shakespeare, „Iphigenie“ von Goethe, „Die Geburt der Salome“ von Mann und „Verdündigung“ von Claudel.

Der neue Spielplan

Freiburg. Der Spielplan 1948/49 der Städt. Bühnen sieht im Schauspiel neben Klassiker-aufführungen folgende Erstaufführungen zeitgenössischer Stücke vor: „Der seidene Schuh“ von Claudel, „Siegfried“ von Girau-doux, „Die tote Königin“ von Montherlant, „Mutter Courage“ von Brecht, „Der arme Konrad“ von Wolf, „Ein Inspektor kommt“ von Priestley, „Die Unvergessliche“ von van Druiten. Der Opernplan enthält 9 Repertoire-Opern und als moderne Werke „Der Raub der Lucretia“ von Britten, „Das Perlenhemd“ von Kaufmann und „Der Zaubertank“ von Martin. Die Operette bringt kein neues Werk, sondern begnügt sich aus begrifflichen Gründen mit bewährten Schlagern wie „Monika“, „Maske in Blau“, „Im weißen Rössl“ u. a. 5 Sinfonie-Konzerte sind im Casino und weitere 2 Konzerte in der Stra-ßenbahnhalle geplant. Das Ballett bringt als Tanzabend „Die Legende vom Soldaten“.



„Hallo, Deutschland!“

Hier melden sich die XIV. Olympischen Sommerspiele in London

23. Juli 1948 — 14.30 Uhr — King George VI. J. declare the XIV. OLYMPIC GAMES in London for opened! — Niederlande-Indien III, Luxemburg-Afghanistan 4:0

„Möge die Olympische Flamme leuchten durch alle Geschlechter zum Wohle einer immer höher strebenden und reineren Menschheit.“

Fern im Süden der Balkanhalbinsel steht Tag für Tag über der antiken Trümmerstätte Olympia die Sommer Sonne...

Während aber vor 12 Jahren 13 zarte Mädchenposetten, in die Gewänder der antiken Priesterinnen gekleidet, durch den heiligen Hain des Zeus schritten...

Alle Vertreter der britischen und griechischen Behörden in der Hafenstadt Katakolo den Fackellauf erwarteten...

Waffengewalt, Artilleriebeschuß, das ist Krieg! Weder ein Wahnsinn! Kann denn die Olympische Flamme ein Friedenssymbol sein...

Alle wünschen und hoffen wir, daß das olympische Feuer den Willen der Jugend aller Welt entzündet...

Dies werden die Gedanken der beinahe 16 000 Besucher der Eröffnungsfestlichkeiten im Wembley-Stadion sein...

Olympische Spiele im Dienste des Weltfriedens. Ich glaube, es ist für den Weltfrieden wichtig, daß wir unsere Aufmerksamkeit dem Geist...

Olympiade wird die wichtigste aller seit dem Jahre 776 vor der Zeitrechnung durchgeführten Wettkämpfe dieser Art sein...

„Wie ist die Laufbahn?“ Die erste Frage aller bisher in London eingetroffenen Olympiateilnehmer lautet...

Turf

Das Deutsche Derby in Hamburg-Horn rückt näher. Die größte deutsche Galopp-Zuchtprüfung bleibt nicht nur auf deutsche Städte beschränkt...

Wie aus Rennsportkreisen der Ostzone verläuft, ist auch eine Expedition mit Birkhahn, dem besten Dreijährigen der Ostzone...

Leichtathletik

„Doris“ hat viel vor. Bei den niederdeutschen Leichtathletik-Meisterschaften startete erstmalig nach dem Kriege die ehemalige 100-m-Meisterin Doris Voigt...

nicht begreifen, daß eine Laufbahn gut sein soll, wenn sie erst einige Wochen vor den Spielen gelegt wird...

Irlands und Afghanistans Fußballer bereits ausgeschieden. In den ersten Ausscheidungsspielen der Olympischen Fußballturniere schied die Mannschaft der Niederlande Irland mit 2:1 Toren...

Radfahren

Paris begrüßte mit einem Enthusiasmus ohne Gleichen die zweiten Fahrer, die die Straßen der 15. Frankfurter-Rundfahrt durchgefahren hatten...

Der ehemalige Halbschwergewichtsmeister Jean Kreutz wird Mitte August gegen Hein ten Hoff um den Titel im Schwergewicht boxen...

Der mitteldeutsche Fußballmeister SC Plautz verlor in einem Freundschaftsspiel gegen die Dresdener Stadtmanufaktur mit 1:3 Toren...

Der VII. Freiburg hat folgende Freundschaftsspiele abgeschlossen: 1. gegen Rheinfelden; 2. gegen Fortuna Freiburg; 3. in Lahr; 4. gegen Vfl. in Pforzheim; 5. gegen SV. Mainz 05...

Unsere Sportvorschau

Straßenmeisterschaften der französischen Zone. Am Sonntag, dem 1. August, wird die Zonenmeisterschaft im Kaiser-Strassenfahren in Oelsberg ausgetragen...

Boxen

Neuer Weltmeister im Halbschwergewichts-Boxen. Der 34-jährige britische Halbschwergewichtsmeister Freddy M. Little schlug im White-City-Stadion vor 30 000 Zuschauern den Amerikaner Gus Lesnevich...

Nachruf. Heute nacht verschied nach kurzer, schwerer Erkrankung Herr Bürgermeister FRANZ HUG. Die Stadtverwaltung verliert in dem Verstorbenen ihren Bürgermeister, der reich an Erfahrung, Wissen und Können...

Nachruf. Unerwartet rasch ist uns der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Herr Bürgermeister FRANZ HUG in Ueberlingen durch den Tod entrissen worden. Schon in den Jahren 1923 bis 1932 gehörte er dem Verwaltungsrat als stellvertretender Vorsitzender an...

Nachruf. Rasch und unerwartet verschied nach kurzer, schwerer Erkrankung heute nacht Herr Bürgermeister FRANZ HUG. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen guten und gerechten Vorgesetzten, der für unsere sozialen Nöte und Sorgen der letzten Jahre immer volles Verständnis hatte...

STELLENGESUCHE. Volkkaufmann, Anf. 40, Buchh., Bilanz, Steuer, Betriebsfahr., Kalkül, Klein-Verkauf, Verwaltung, Revision, sucht neuen verantwortl. Wirkungskreis. Ang. unter Nr. 695 an „Das Neue Baden“, Offenburg. (02-023)

STELLENANGEBOTE. Für illustrierte und Modedesigner werden allerorts tüchtige Werber im Haupt- oder Nebenberuf eingestellt. Ang. unter Nr. 3-029 D an „Das Neue Baden“, Lahr.

Reisende für Markenartikel, Großes Unternehmen d. Nahrungsmittelindustrie sucht Reisende in festem Anstellungsverhältnis für das weitere Gebiet von Lahr, Herren, die über Erfahrungen im Verkauf von Markenartikeln an die Einzelhandelskundschaft verfügen...

Elektroschweißer und Schlosser auf sofort gesucht. ERNST BEUTLER, Eisenwerk, Lahr-Dinglingen

BÜRO-Möbel und Maschinen wieder lieferbar. Sümis, Lahr. Telefon 2335. Reparatur aller Büromaschinen.

Wellblechgarage in der Größe etwa 5 m lang, 2,50 m breit und 2 m hoch, zu kaufen oder zu leihen gesucht. Bezirkskrankenhaus Lahr.

AN- UND VERKÄUFE. Desinfektionsanstalt „Baden“, gegr. 1899, Inh. E. Müller, Freiburg, befindet sich jetzt Gültigkeit. Mit Radikale Verdringung von Wänsen, Käfern, Ratten usw. (01-077)

HARMONIE Lichtspiele Freiburg i. Br. Freitag, den 30. Juli, bis Donnerstag, den 5. Aug. Ein Spiel der Fröhlichkeit Dir zullebe. Ein turbulentes Spiel um die „Töche der Frauen“...

UNION THEATER Freiburg i. Br. Freitag, den 29. Juli, bis Donnerstag, den 5. August. Ein Schaffen der Vergangenheit mit Louis Jouvet — Gaby Morlay — Francis Perier — IFA-Wochenchau — Jugendchor bis 15 Jahre...

GERLING VERDIENT VERTRAUEN. Welche alleinstehende Geschäftsfrau bis zu 49 Jahren, evtl. Witwe mit Kind, sucht eine männl. Stütze u. Geschäftsführer. Ein 48 Jahre alt, gutes Aussehen, perfekter Kaufmann, gut, stütz. Charakter. Ang. unter Nr. 3-019 T an „Das Neue Baden“, Lahr.